

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen-Verwaltung entgegen. - Druckerei: Auer, Leipzig, Nr. 22.

Anzeigenpreise für den Anzeiger des Auer und des Anzeiger des Erzgebirge, unter Angabe der Anzeigen-Verwaltung, Leipzig, Nr. 22.

Telegramme: Auer, Leipzig, Nr. 22. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 29

Montag, den 4. Februar 1924

19. Jahrgang

Woodrow Wilson gestorben.

Woodrow Wilson ist am Sonntag gestorben. Die Todesursache ist einwandfrei Fischergiftung festgestellt. Am Freitag vormittag hatte er noch den Obersten Court zu sich bitten lassen, mit dem er einiges über seine Meinungen verhandelte. Am anderen Morgen traten die ersten Bewußtseinsstörungen ein. Wilson hatte am 28. Dezember v. J. ein Alter von 67 Jahren erreicht. Er ist in Staunton in Virginia geboren. Erst Rechtsanwalt übernahm er 1879 eine Professur für Geschichte und Volkswirtschaft in Bryn Mawr, dann in Baltimore und zuletzt in Princeton, wo er 1902 zum Rektor der Universität gewählt wurde. 1911 wurde er Gouverneur in New Jersey und hier begann seine eigentliche politische Laufbahn. Sein Kampf um den Präsidentensitz war zäh und schwer, besonders gegen die Fortschrittspartei Roosevelts. Endlich, am 7. Juni 1912, siegte Wilson bei den Präsidentenwahlen in 40 von 48 Staaten.

Der ehemalige Präsident ist früher ein Idealist gewesen, und hat alles das, was er über den Völkerbund und internationale Gerechtigkeit sagte, auch selbst geglaubt. Wir Deutschen allerdings sind durch ihn arg enttäuscht worden: denn hinter allen diesen schönen Worten stand keine Tat, keine sich durchsetzende Kraft. Gleich zu Anfang des Krieges erklärte sich Wilson für neutral; und dennoch ist Amerika der Punktionshauptlieferant der Entente gewesen, ehe es in den offenen Kampf gegen uns eintrat. Aber auch die Ententepolitik ist durch Wilson enttäuscht worden. Man hatte ihn bedeutend überschätzt und erwartete auf dem Versailler Kongress Großes von ihm. Aber Wilson, dem Gelehrten mangelte alle praktische Erfahrung, und so vermochten ihn die kühnen Realpolitiker, die sich dort zusammenfanden, mit Leichtigkeit zu überwinden. So ist es gekommen, daß der Mann der 14 Punkte, dieser 14 Versprechen, die er nicht hielt, überraschend schnell zur völligen Einflußlosigkeit zurückkehrte, ja in Vergessenheit geriet.

Englisch-amerikanische Annäherung.

Unter dem Eindruck der Nachricht, daß Präsident Wilson im Sterben liegt, erklärte Ministerpräsident Macdonald, der bei dieser Gelegenheit in Anwesenheit des gleichfalls geladenen englischen Thronfolgers zum ersten Male seit seiner Ernennung, also in offizieller Eigenschaft eine Rede hielt, daß die Beziehungen zwischen England und Amerika niemals so herzlich gewesen seien wie heute. Amerika habe das Geheimnis entdeckt, unter Nachbar zu sein. England und Amerika seien verbunden durch große moralische Kräfte deren Wirkung nur eingeschränkt würde, wenn man sie zu Papier brächte. Beide Länder seien bereit, Seite an Seite zu stehen, nicht in politischen Bündnissen, sondern in einer Genossenschaft sich gegenseitig zu helfen. Amerika und England hätten eine glückliche Familie ihre Privatsphären gehabt, sie hätten wie die besten Freunde Meinungsverschiedenheiten gehabt, aber in jeder großen Frage hätten sie eine aufrichtige Freundschaft für einander empfunden. Unsere ganze Zivilisation bestehe aus Vernünftigkeit, Ehrlichkeit und freundschaftliche Rücksichtnahme des einen auf den anderen. Indem man die Streitfragen den Beteiligten entziele und sie der Entscheidung unbeteiligter unterwerfe. Diese Entscheidung müsse noch gemacht werden, aber Amerika habe bereits einen großen Schritt getan, um sie zu machen.

Der neue amerikanische Botschafter Hall, erklärte, daß nach dem Fall von Rom, nach dem dreißigjährigen Krieg und nach der französischen Revolution keine so ernste Krise und keine so schweren wirtschaftlichen und sozialen Störungen eingetreten seien wie in der Gegenwart. Zu einer Zeit, in der Europa durch jahrhundertelange Kämpfe, durch wirtschaftliche Privatsphären und nationale Eifersüchteleien gespalten sei und manches Land zusammengebrochen und dem Hunger und der Hungernot preisgegeben sei, setzten heute Amerika und England ein Beispiel gerechter Staatskunst für die Behandlung internationaler Fragen, die Aufrechterhaltung der Heiligkeit und der Unverletzlichkeit der Verträge und eine Behandlung aller Nationen, der großen wie kleinen, in demselben Geiste der Gerechtigkeit und der Aufrichtigkeit. Wir müssen unser eigenes Haus in Ordnung halten, indem wir die Grundsätze, auf denen unsere Regierung aufgebaut sind, aufrecht erhalten.

Der Botschafter beantwortete im Verlauf seiner Rede die Belagerung internationaler Streitfragen durch ein Schiedsgericht und erklärte, die westliche Zivilisation würde einen zweiten großen Krieg

nicht überleben. Die Frage der Beschränkung der Rüstungen werde weiter die Aufmerksamkeit der Regierungen erfordern, bis die großen Mächte, die zur Zeit viele Länder zu tragen hätten, beseitigt seien. Er werde alles tun, was in seinen Kräften stehe, um die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Amerika aufrecht zu erhalten.

Die Besatzungskosten.

Nur 40 Millionen monatlich tragbar.

Die Frage der Besatzungskosten ist die Schicksalsfrage der besetzten Gebiete. Bis Ende 1923 betragen die Besatzungskosten insgesamt 4,5 Milliarden Goldmark, und zwar diejenigen welche Deutschland unmittelbar zu leisten hatte, sowie die, welche auf die andere Seite entfallen. In der Zeit vom 1. Januar 1923 bis Ende Oktober 1923 betragen die unmittelbaren Ausgaben Deutschlands an Besatzungskosten 207 Millionen Goldmark. Das sind im altbesetzten und im Ruhrgebiet über 30 Millionen Goldmark monatlich. Die Anforderungen an Deutschland für Kasernen, Ställe, Kasinobauten, Unterbringung von Familien französischer Militärs usw. stellten sich auf über 25 Millionen Goldmark monatlich. Der Reichsfinanzminister hat die deutschen Besatzungskosten rationalisiert und monatlich 40 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt, als den höchsten Betrag, den Deutschland leisten kann.

Kasernen für die Franzosen.

Die sogenannte unsichtbare Besetzung des Ruhrgebietes stellt folgende neue Anforderungen:

Für Bochum: Eine Artilleriekaserne; für Düsseldorf: Artilleriekaserne und Bagerkaserne; für Dortmund: eine Artilleriekaserne und Ställe; für Mettmann: Kasernen und Wohnungen; für Drenth: eine Kaserne; für Balfort: eine Kavalleriekaserne und für Beckinghausen eine Kaserne.

Wenn sich dann einmal die Franzosen in diesen Kasernen häuslich niederlassen haben, wird die Besetzung „unsichtbar“ sein!

Die erste Aktivität des Kabinetts Macdonald.

Die „Times“ melden: Das Kabinett Macdonald hat in seiner Freitagssitzung beschlossen, daß die Kosten der Ruhrbesetzung nicht den allgemeinen Besatzungskosten zuzurechnen seien, deren Rückerstattung nach dem Versailler Vertrag Deutschland obliegt. Die „Times“ nennen den Beschluß des Kabinetts die erste Aktivität des neuen Kabinetts in der Abrechnung der Ruhrbesetzung.

Ein neuer Wismar-Vertrag.

Nach einer Sabotageaktion aus Düsseldorf ist ein neues Abkommen zwischen der Wismar und den Edelstahlwerken unterzeichnet worden. Es ist eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe um sieben Achtel der derzeitigen Tarife, daneben jedoch eine Kontribution vorgelesen die sich auf das Doppelte der herabgesetzten Ausfuhrabgabe beläuft und deren Ertrag zur Beschaffung etwaiger Reparationskonten Verwendung finden soll.

Ein neuer Winkelzug der Separatisten.

Der rheinische Separatistenführer Matthes hat an Deputierte und Tirard eine von der Zentralkommission der Separatisten angenommene Entschlüsselung übermittelt. Darin wird die Absendung einer neutralen Kommission, bestehend aus einem Irländer, einem Tschechen und einem Schweizer nach Rheinland und Westfalen gefordert, um folgende Untersuchungen anzustellen:

1. Bedeutung der separatistischen und autonomistischen Bewegung, Organisation der Partei, Zahl ihrer Anhänger politische Meinungen ihrer Beamten, Arbeiter, Bürger und Ungeheueren, die der Partei angehören.

2. Tätigkeit der nationalitistischen Organisationen ihrer Propaganda, ihrer Ausbreitung zum Reichsgebiet wirtschaftlicher, politischer und sozialer Druck der preussischen Behörden.

3. Finanzielle Unterstützung der nationalitistischen und antiseparatistischen Organisationen durch gewisse englische Kreise.

Es ist nicht bekannt, was Deputierte und Tirard auf diesen diplomatischen Schritt antworten werden.

Es ist sehr bezeichnend, daß Matthes vorschlägt, in diese „neutrale“ Kommission einen Ire und einen Tschechen zu nehmen. Der Ire als stiller Gegner Englands wird den Punkt 3 sehr einwandfrei beurteilen der Tscheche ist sowieso ein Deutschhasser und wird seine Urteile ganz zugunsten der französischen Politik abgeben, die diesen Schritt dem Separatistenführer

anzusetzt hat, weil ihr jedes Mittel zur Verfügung steht des deutschen Reiches raubt ist.

Das Programm der Danziger Regierung.

Senatspräsident Dr. Sabin gab auf dem Volkstag das Programm der neuen Regierung bekannt. Die nach den Volkstagsneuwahlen im November v. J. gebildet wurde. Es heißt in dieser Erklärung u. a.: „Die Außenpolitik Danzigs ist bedingt durch die Bestimmungen des Instrumentes von Versailles und dadurch begrenzt in ihrer Aktivität. Der Schwerpunkt ihrer direkten Betätigung liegt in der Gestaltung der Beziehungen zum Völkerbund und zur Republik Polen. Der Senat erklärt seinen festen Willen, die in dem Vertrage von Versailles und der Pariser Konvention begründeten und noch im vergangenen Jahre erneut durch den Rat des Völkerbundes bestätigten Abmachungen mit der Republik Polen aufrechtzuerhalten, zu erfüllen und zu vertiefen.“

Der Senatspräsident führte dann weiter aus: „Wir befunden unser Mitgefühl mit anderen in Not und Unglück geratenen Völkern im Deutschen Reich, mit denen wir durch die Gemeinsamkeit des Wortes, der Sprache und der Geschichte unauflöslich verbunden sind und mit denen wir auch weiterhin innige kulturelle Beziehungen pflegen werden. Der in der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte vom Jahre 1919 anerkannte deutsche Charakter Danzigs der in der Geschichte der nunmehr sieben Jahrhunderte alten Hansestadt keine ausreichende Erklärung und Bestätigung findet, ist erneut durch die im November v. J. stattgefundenen Volkstagswahlen von aller Welt einwandfrei festgestellt worden.“

Die Goldnotenbank.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Berlin: Das von der Sachverständigenkommission angenommene und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Stellungnahme vorgelegte Projekt einer Goldnotenbank für Deutschland weicht von dem Schaffensprogramm wie es Dr. Schacht in der Sitzung am Mittwoch entwickelt hatte, in allen wesentlichen Punkten ab. Hinsichtlich des Inhaltes kann nur gesagt werden, daß Grundkapital und Leitung der Goldnotenbank international sein werden. Die Kommission hält diese beiden Punkte für zwingend, wenn man eine Wiederholung der deutschen Finanzgebarung, die die einseitige Goldmark zu einer Papiermark systematisch entwertete, verhindern will. Auch hinsichtlich der Goldnotenbank wird die Entscheidung erst in Paris fallen.

Wie Sozialdemokraten für den Völkerfrieden arbeiten.

Im preussischen Landtag kam am Freitag eine Angelegenheit erneut zur Sprache, die den Sozialdemokraten in Unbetracht der bevorstehenden Wahlen außerordentlich wichtig ist. Es handelt sich um das Abkommen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie wegen der endgültigen Anerkennung der jetzigen dänischen Grenzen, das die Deutschnationalen zum Gegenstand einer großen Anfrage machten. Die Redner der bürgerlichen Parteien wiesen mit Recht darauf hin, daß die deutsche Sozialdemokratie durch ihr Verhalten aus der Einheitsfront gegen die dänische Propaganda aussteige. Gegenüber den von sozialdemokratischer Seite angeführten Argumenten, man habe nur dem Völkerfrieden dienen wollen, wurde mit Nachdruck verlangt, daß der Wille zur Völkerveröhnung endlich auch einmal vom Ausland dem deutschen Volke gegenüber bewiesen werde. Um des lieben Völkerfriedens willen braucht man noch lange nicht an eigenen Volksgenossen einen halbenerrat zu üben. Um den vernichtenden Eindruck ihres unerhörten Treibens abzuschwächen, stellten die Sozialdemokraten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister Severing als Redner, die sich vergeblich bemühten, die Sache harmloser darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß Ministerpräsident Braun sagte, daß er vom Standpunkt der Moralität die jetzigen Grenzen als nicht gerechtfertigt anerkenne. Diese seien und durch den Versailler Vertrag aufgezungen und bedeuten ein Unrecht das als Recht nicht anerkannt werden könnte.

Demokratische Warnung an die Unternehmen.

Der Arbeitsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat in seiner letzten Sitzung folgende Resolution angenommen: Der Arbeitsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei sieht in der Erhaltung und dem planmäßigen Ausbau der Sozialpolitik, der sozialen Versicherung und aller demokratischen Einrichtungen zur Sicherung des sozialen Friedens, insbesondere der Schlichtungsordnung, der Tarifverträge und